

Märkische Linke

Infoblatt - *Die Linke.* - Ostprignitz-Ruppin

Februar 2012

02/2012

Die LINKE unter Beobachtung

Mindestens 27 Bundestagsabgeordnete der LINKEN werden vom Verfassungsschutz ausgespäht. Verfolgungswahnsinn einer unkontrollierbaren Behörde.

Ende Januar musste der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz einräumen, dass 27 Bundestagsabgeordnete der LINKEN unter Beobachtung des Inlandsgeheimdienstes stehen. Teilweise werden diese demokratisch gewählten Vertreter des Volkes mit nachrichtendienstlichen Mitteln (Telefonabhörung u.ä.) ausgespäht. Nach neuesten Informationen sollen gar 44 Abgeordnete der LINKEN im Visier der Behörde stehen.

Gegen diese Praxis regt sich Protest. Nicht nur die LINKE, die das Bundesverfassungsgericht einschalten will, auch Abgeordnete der Grünen, der SPD, der FDP und sogar der CDU lehnen die Methoden aus dem »Kalten Krieg« öffentlich ab. Nur die bayrische CSU mit dem Bundesinnenminister Friedrich an der Spitze findet diese Praxis völlig normal. Der Generalsekretär der CSU, Alexander Dobrindt, setzt dem Ganzen noch die Krone auf, indem er unverhohlen das Verbot der LINKEN fordert. Erika Steinbach (CDU), Bundestagsabgeordnete und Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, fabuliert in diesem Zusammenhang völlig ungesteuert, das die NSDAP auch eine linke und sozialistische Partei gewesen wäre.

Politisches Kalkül

Ist das ganze nun politischer Irrsinn oder berechnendes Kalkül, fragen sich viele. Fakt ist, dass laut Grundgesetz die Geheimdienste durch das Parlament kontrolliert werden sollen. Gängige Praxis scheint aber zu sein, dass nicht das Parlament kontrolliert, sondern vom Geheimdienst kontrolliert wird. Ein klarer Verstoß also gegen die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

Der Verfassungsschutz wird aus parteitaktischen Gründen missbraucht. Während in einem Bundesland die LINKE unter Beobachtung steht, verzichten andere Bundesländer auf diese Beobachtung. Diese unterschiedliche Praxis, lässt sich nur mit den Maßgaben der jeweiligen Landesregierungen erklären.

Offensichtlich sollen führende Politiker der LINKEN öffentlich diskreditiert werden um gleichzeitig die Politik der Partei zu verteufeln. Der Antikommunismus feiert 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus fröhliche Urständ.



In Deutschland machen solche Ideen eine Partei verdächtig. (Foto: picture alliance / dpa)

Ablenkungsmanöver

Vielleicht soll die Beobachtung der LINKEN aber auch nur davon ablenken, dass das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe in den letzten Jahren eine Reihe von Urteilen gesprochen hat, die die zuvor von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen beschlossenen Gesetze als klar verfassungswidrig bezeichnete. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Vorratsdatenspeicherung, an die HARTZ IV – Gesetz und an den Abschuss von Passagierflugzeugen zur Terrorabwehr. All diesen Gesetzen hat die LINKE nicht zu gestimmt. Zu Recht, wie das Bundesverfassungsgericht urteilte. Man mag sich an dieser Stelle fragen, wer und welche Politik ist eigentlich eine Gefahr für das Grundgesetz und die freiheitlich demokratische Grundordnung?

Zweierlei Maß

Während 10 Jahre lang eine braune Terrortruppe mordend durch die Lande zog und niemand etwas mitbekommen hat bzw. mitbekommen wollte, es gar finanziellen Unterstützungen für das braune Umfeld durch das thüringische Landesamt für Verfassungsschutz gab, wird seit Jahren und Jahrzehnten akribisch alles beobachtet und gesammelt, was nur den Hauch einer linken Politik hat.

Mehr noch der zivile Widerstand gegen Nazi-Umtriebe wird mittels Strafverfolgung kriminalisiert. In Neuruppin ermitteln die Polizei und die Staatsanwaltschaft immer noch gegen mehr als 300 Gegendemonstranten, die sich mutig dem Aufmarsch der sogenannten »Freien Kräfte« am 24. September 2011 entgegenge-

stellt haben.

Am 18. Februar wollen zum wiederholten Male Nazis durch Dresden marschieren. In der Vergangenheit wurden diese Aufmärsche erfolgreich mittels Blockade tausender Menschen verhindert. Es verwundert nicht, dass vor allem Politikerinnen und Politiker der LINKEN als »Rädelsführer« des Widerstandes durch die sächsische Staatsanwaltschaft ausgemacht worden sind. Da viele dieser Politikerinnen und Politiker entweder Landtags- oder Bundestagsabgeordnete sind, schützt sie vor Strafverfolgung ihre Immunität als Abgeordnete. Die Landtage in Sachsen, Thüringen, Hessen und auch der Bundestag hoben nun diese Immunität für die Betroffenen mit der jeweiligen Parlamentsmehrheit auf.

Soll hier etwa schon im Vorfeld der zu erwartenden neuerlichen Proteste der Widerstand eingeschüchtert werden?

Nicht einschüchtern lassen

DIE LINKE hat angekündigt sich nicht einschüchtern zu lassen, weder von der Überwachung durch den Verfassungsschutz, noch von der Verbotsforderung aus Bayern und auch nicht von der Strafverfolgung wegen des Widerstandes gegen Naziumtriebe. Vielmehr wird sie weiterhin streiten für eine solidarische Gesellschaft, eine sozialistische Zukunftsvision, gegen Ausbeutung, gegen Kriege und soziale Ungerechtigkeiten. Diese Auseinandersetzung wird auf dem Boden des Grundgesetzes geführt und zwar öffentlich und mit Argumenten.

Ronny Kretschmer

Wichtiger Gedenktag

Der 27. Januar wird seit etlichen Jahren als staatlicher Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus begangen. International, d.h. im Bereich der EU, heisst er offiziell Gedenktag für die Opfer des Holocaust.

Am diesjährigen 27.01. gedachten in Neuruppin, Fehrbellin und Rheinsberg etliche Bürger an zentralen Orten ihrer Städte der Opfer. Gut organisiert durch Jugendliche und die Stadtverwaltung, an der Spitze Bürgermeisterin Behnicke,

waren viele vor allem in Fehrbellin vertreten. In Neuruppin sprach Bürgermeister Jens-Peter Golde am OdF-Denkmal Worte des Gedenkens und mahnte vor allem zum weiteren kompromisslosen Kampf gegen Rechts und NPD. In Rheinsberg nahm die Stadtverwaltung gar nicht teil, nur Genossen der LINKEN würdigten die Opfer.

Christa Horstmann

Neuruppiner Genossen treffen sich 1. März

Einladung zur Gesamtmitgliederversammlung

Die nächste Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Neuruppin der LINKEN findet am **Donnerstag, 01. März 2012 um 18,30 Uhr im Tempelgarten Neuruppin** statt. Wir laden dazu alle Genossinnen und Genossen und interessierte Gäste herzlich ein.

Wir wollen uns mit dem Thema »Rechtsextremismus 2012« - und auch in diesem Jahr »Neuruppin bleibt bunt!« beschäftigen. Dazu und zu ihrer Mitwirkung im Neuruppiner Aktionsbündnis spricht zu uns Frau Schlamann vom Mobilen Beratungsteam (stationiert in Neuruppin für mehrere Kreise). Nachgefragt haben wir ausserdem betreffs Teilnahme eines Historikers, der auf diesem Gebiet für den Parteivorstand der LINKEN und die Rosa-Luxemburg-Stiftung arbeitet.

Auf Grund der Aktualität dieser Thematik und der Aufgaben, vor denen auch das gemeinsame Aktionsbündnis steht, verspricht es eine interessante Veranstaltung zu werden. Wir erwarten eure zahlreiche Teilnahme.

Achim Behringer
Vorsitzender Stadtverband Neuruppin

Wir trauern um unsere Genossin

Hilde Kräge

Nach langer Krankheit, sehr behindert durch zunehmende Augenschwäche, verstarb sie, 90jährig, im Januar 2012 in einem Berliner Seniorenheim.

Sie war uns eine lange Zeit in Neuruppin/Rheinsberg eine treue Genossin. Viele Jahre hat sie in der Stadtverwaltung Neuruppin, immer zuverlässig und sorgfältig, gearbeitet. Bekannt war sie vor allem auch durch ihre perfekte Dolmetschertätigkeit. Sie hat damit sehr zu guten, vielseitigen Beziehungen zwischen deutschen Bürgern, Organisationen und staatlichen Einrichtungen und den in Neuruppin stationierten sowjetischen Armee-Einheiten beigetragen. Die deutsch-sowjetische Freundschaft und ihre persönlichen Verbindungen waren ihr immer eine ehrliche Herzenssache.

Wir werden ihr ein gutes Andenken bewahren.

Kreisvorstand Die LINKE OPR

Stadtverband DIE LINKE Neuruppin

Kommentiert

So sehe ich das

Das schlug wie eine Bombe ein. Landrat Reinhardt hat am 17. Januar den langjährigen Geschäftsführer der Pro-Klinik-Holding, Horst-Michael Arndt, mit sofortiger Wirkung fristlos entlassen und ihm Hausverbot erteilt. Reinhardt begründet seinen Schritt mit Differenzen bei der Zukunftsausrichtung des Unternehmens, was der »Gefeuerte« lt. Lokalpresse nicht nachvollziehen kann. Was soll der Normalbürger davon halten? Verwundert haben sich viele die Augen gerieben als sie lesen mussten, dass im Gegensatz zur Fraktionsmeinung der LINKEN deren Vertreter in der Gesellschafterversammlung, Genosse Rosenthal, der Entlassung Arndts (wenn er auch nicht stimmberechtigt war) zugestimmt hat. Nun kann man zu Arndt stehen wie man will. Auch ich habe mich schon kritisch zu seiner Art der Führung des Unternehmens Klinik-Holding geäußert, aber rechtfertigt das so einen resoluten Schritt durch den Landrat? Es gibt unbestreitbar große Erfolge, die Arndt zu verdanken sind. Hat er doch persönlich einen sehr großen Anteil an der positiven Entwicklung der Ruppiner Kliniken. Durch geschickte Verhandlungsführung, Weitsicht und Verhandlungen »auf Augenhöhe« gelang es ihm, das Unternehmen auf gesunde Füße zu stellen und auch dort zu halten. Nun fragen sich viele Bürger, was dem Landrat daran nicht gepasst hat? Welche tatsächlichen Gründe haben den Landrat zu diesem Schritt bewegt? Gab es echte Konflikte oder spielten hier persönliche Befindlichkeiten eine Rolle? Eine fristlose Entlassung mit Hausverbot wird eigentlich nur bei schwersten Vertrauensmissbrauch oder kriminellen Handlungen ausgesprochen. Ist so etwas Herrn Arndt vorzuwerfen? Der Landrat muss schnell reagieren. Die oftmals geübte Kritik, dass es keinen ebenbürtigen kaufmännischen Geschäftsführer der Kliniken gibt, wurde jahrelang ignoriert. Nun steht das Unternehmen mit einem medizinischen Geschäftsführer da, der auch noch den ökonomischen Bereich mit führen muss. Kann Dr. Voth das entstandene Vakuum füllen, nachdem er öffentlich gesagt hat, dass »mit dem Weggang« von Arndt »Kompetenzen« für die Holding verloren gingen? Kennt er sich in allen kaufmännischen Bereichen so gut aus, dass die positive Klinikentwicklung weiter geführt werden kann? Das alles sind Fragen die der Landrat, und so sehen es viele Bürger, bei seiner »Blitz«-Entscheidung entweder nicht bedacht oder bewusst herbeigeführt hat. Stehen doch sicherlich nach wie vor große bundesweit tätige Klinikkonzerne bereit, die für einen Millionenbetrag, der den Kreishaushalt mit einem Schlag sanieren würde, zumindest den Klinikbereich und die Gesundheitsdienste GmbH übernehmen würden. Es stellt sich noch eine Frage. Warum hat der Landrat als ausgebildeter Jurist bewusst gegen das Betriebsverfassungsgesetz verstoßen. Im § 105 ist folgendes geregelt: »Eine beabsichtigte Einstellung oder personelle Veränderung eines in § 5 Abs. 3 genannten leitenden Angestellten ist dem Betriebsrat rechtzeitig mitzuteilen.« Das erfolgte jedoch nicht!

Achim Müller

Renten Kürzung per Gesetz

Am 1. Januar 2012 begann der Einstieg in die Rente mit 67. Trotz heftiger Kritik unserer Partei, der Gewerkschaften und seit geraumer Zeit auch von Teilen der SPD und CSU hält die schwarz-gelbe Regierung an den Rentenplänen fest. Durch den demografischen Wandel gibt es zukünftig weniger Beitragszahler aber mehr Rentner. Diesen Beitragszahlern ist nicht zuzumuten, für die Rente allein aufzukommen. Außerdem hat und wird sich durch den medizinischen Fortschritt das Lebensalter der Bevölkerung weiter erhöhen und schon heute fehlen in bestimmten Branchen Fachkräfte und die Erfahrungen der Alten werden gebraucht. So die »Begründungen« der schwarz-gelben Bundesregierung.

Wie sieht die Realität aus?

Zuerst muss man die Aussagen der Regierenden anzweifeln. Bei der Argumentation der sinkenden Beitragszahler wird bewusst unterschlagen, dass die Produktivität, also die Wertschöpfung, welche laufend steigt, ein bedeutender Faktor ist. Auch trägt die bisherige Politik in West- bzw. Gesamtdeutschland nicht dazu bei, dass genügend Kinder geboren werden. Sozialwissenschaftler sprechen gar von Kinderfeindlichkeit in Deutschland. Aber nur wenn sich die Menschen »Reproduzieren«, ist ihr Fortbestehen möglich. Dazu brauchen sie aber auch die entsprechenden Bedingungen.

Ein weiteres Argument von Frau von der Leyen (Bundesarbeitsministerin) ist, dass angeblich die Beschäftigung der über 60-jährigen enorm gestiegen sei. In den vergangenen 10 Jahren habe sich die Erwerbstätigkeit der Älteren verdoppelt. Sie sagt jedoch nicht, auf welche Basis sie sich dabei beruft. Es ist doch ein Un-

terschied, ob es sich um 10.000 oder 100.000 Personen handelt.

Auswirkungen auf die Rentner

1. Wenn im Jahre 2010 = 58% der Neurentner vor Vollendung des 65. Lebensjahres schon im Vorruhestand o.ä. waren und 16% aus der Arbeitslosigkeit kamen, führen diese Zahlen die Argumentation der Regierung ad absurdum.
2. Selbst die Bundesagentur für Arbeit teilte mit, dass im Jahre 2011 nur gut 25% der 60 bis 64 jährigen noch in Arbeit waren, wobei nicht gesagt wurde, ob in sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten oder geringfügig beschäftigt.
3. Wie sollen Menschen, die heute schon ihren Beruf mit Mitte/Ende 50 aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausüben können, bis 67 berufstätig bleiben? Die Vorschläge der Arbeitsministerin von der Leyen, sie sollen dann im Büro arbeiten, gehen ins Leere denn, wer soll nicht notwendige Bürojobs schaffen und bezahlen? In diesem Zusammenhang werden oft Bauarbeiter oder Stahlwerker genannt, die die körperliche Belastung nicht bis zum Rentenalter aushalten können. Es gibt aber auch andere Berufsgruppen. Als vor einigen Jahren eine Studie veröffentlicht wurde, aus der hervorging, dass man die körperliche Belastung einer Altenpflegerin der eines Stahlwerkers gleich setzen muss, ging ein Erstaunen durch die Reihen der regierenden Sozialpolitiker.
4. Für jeden Monat mit dem man vor der Regelgrenze (siehe Kasten) in Rente geht, werden lebenslang 0,3% abgezogen.
5. Das tatsächliche Renteneintrittsalter

war im Jahre 2010 bei Frauen mit 63,3 Jahre bei Männern mit 63,8 Jahre (ohne Frührentner mit teilweiser oder voller Erwerbsminderungsrente)

Regel Eintrittsalter (wer volle 45 Jahre Beitrag gezahlt hat, kann weiterhin mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen)

Achim Müller

Geburtsjahr	Renteneintrittsalter
1946	65 Jahre
1947	65 + 1 Monat
1948	65 + 2 Monate
1949	65 + 3 Monate
1950	65 + 4 Monate
1951	65 + 5 Monate
1952	65 + 6 Monate
1953	65 + 7 Monate
1954	65 + 8 Monate
1955	65 + 9 Monate
1956	65 + 10 Monate
1957	65 + 11 Monate
1958	66 Jahre
1959	66 + 2 Monate
1960	66 + 4 Monate
1961	66 + 6 Monate
1962	66 + 8 Monate
1963	66 + 10 Monate
1964	67 Jahre

Quelle: RA vom 21.12.2011

Noch manche Reserve

Der nächste Höhepunkt: 1. Mai - nazifrei!

Ein interessantes Thema hatten die Genossen der Neuruppiner BO 14 in ihrer Januar-Mitgliederversammlung - »Neuruppin bleibt bunt - Wie bunt ist Neuruppin wirklich?« Genosse Ronald Baskow als Gast und Mitglied des Aktionsbündnisses berichtete von dieser Arbeit, wo Veranstaltungen und Vorhaben gegen Rechts organisiert und koordiniert und die Kräfte sozusagen gebündelt werden. Gut unterstützt wird das Aktionsbündnis »Neuruppin bleibt bunt« auch durch die eindeutige Haltung vom Neuruppiner Bürgermeister Golde und eini-

gen weiteren leitenden Mitarbeitern.

Aus etlichen Bereichen, Organisationen und Verbänden (z.B. auch vom JWP MittenDrin) arbeiten Vertreter im Aktionsbündnis aktiv mit, das Mobile Beratungsteam, zuständig für mehrere Kreise, bringt sich aktiv ein, Bündnis 90/Grüne, etliche Abgeordnete verschiedener Ebenen. Das Bündnis war 2007 spontan entstanden. Die zwei großen Gegendemonstrationen gegen Rechts im vergangenen Jahr (die letzte bekanntlich gegen den NPD-Parteitag) waren vom Aktionsbünd-

nis organisiert worden.

In der Diskussion waren sich die Genossen einig, dass wir in der Stadt noch manche »Reserven« für die Mobilisierung der Bevölkerung und von Vereinen, Einrichtungen und Betrieben gegen Rechts haben. So wäre es z.B. sehr gut, wenn sich Gewerkschaften mit beteiligen. Bei den nächsten Veranstaltungen - z.B. »1. Mai - nazifrei!« bietet sich beste Gelegenheit dazu.

Christa Horstmann

Neues aus dem Landtag

Zur Stärkung des Denkmalschutzes und Sicherung der Denkmalförderung im Land Brandenburg forderte Dieter Groß die zuständigen Ministerien auf, besser zusammen zu arbeiten und einen zeitnahen Bericht über eine effektivere Denkmalförderung zu erstellen.

Der Bericht der »Poppe-Kommission« zur Überprüfung der Abgeordneten nach § 33 AbgG (im Internet: http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_4600/4600.pdf) und die damit verbundenen Debatte zogen am 1. Sitzungstag ein erhöhtes Medieninteresse auf sich. Den Entschließungsantrag unterstützten namentlich 72 der insgesamt 88 Abgeordneten, außer den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie einzelne Abgeordnete von CDU und SPD. Interessant ist, dass die Initiative zum mehrheitlich mitgetragenen Entschließungsantrag vom Landtagsabgeordneten Dieter Dombrowski (CDU) ausging.

In der Aktuellen Stunde am 2. Sitzungstag hat Thomas Domres die Ener-



Dieter Groß am Rednerpult. Im Hintergrund Vizepräsidentin Gerrit Große (DIE LINKE.), daneben Henryk Wichmann (CDU)

giestrategie 2030 der Fraktionen der Regierungskoalition vorgestellt.

Die Landesregierung beschloss auf einer Klausurtagung die Eckwerte des Doppelhaushaltes 2013/14. Die rot-rote Koalition plant trotz erheblichen Spar-drucks in den nächsten beiden Jahren einen Zuwachs an Ausgaben für den Bildungsbereich. Daneben bleiben auch die

Bereiche Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft und Technologieförderung prioritär. Außerdem sollen die Kommunen weiter entlastet werden. Der RV »Kleeblatt« Kyritz-Wusterhausen-Neustadt plant für den 27.04.2012 voraussichtlich in Neustadt/D. eine Veranstaltung mit dem stellv. Ministerpräsidenten und Finanzminister Dr. Helmuth Markov zu Fragen »Linker Finanzpolitik«.

Der Rechts- und Innenausschuss des Landtages wird auf Antrag der CDU-Fraktion zu einer Sondersitzung am 07.02.2012 zur Frage der Beschäftigung ehemaliger Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR im Staatsschutz des Landes Brandenburg einberufen. Die ehemaligen Minister Bräutigam und Schönbohm sollen in dieser Sitzung angehört werden.

Weitere Informationen unter: www.landtag.brandenburg.de

Christian Richter

Ist der Landkreis noch handlungsfähig?

Diese Frage beschäftigt viele Bürger, seit der Landrat angekündigt hat, das Innenministerium werde den vom Kreistag beschlossenen Haushalt nicht genehmigen. Unser Redaktionsmitglied Achim Müller führte dazu mit dem Vorsitzenden unserer Kreistagsfraktion Friedemann Göhler ein Gespräch.

Friedemann Göhler betonte, dass nach gegenwärtigem Stand noch keine Ablehnung des beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes des Kreises durch das Innenministerium vorliegt. Die oft geäußerten Vermutungen, der Landkreis sei somit nicht handlungsfähig stimmt nicht. Der Kreis übt eine vorläufige Haushaltführung aus, wo weiterhin die Regelungen (einschließlich die Kreisumlage von 46%) von 2011 zutreffen. Somit dürfte der Landrat überhaupt keine Probleme mit dem Beschluss des Kreistages zum Haushalt 2012 haben. Alle freiwilligen Leistungen, die im Jahre 2011 und in den Vorjahren beschlossen wurden und 2011 noch Bestand hatten, wirken weiter. Das einzige Problem ist, dass gegenwärtig keine neuen freiwilligen Leistungen aufgenommen werden können. Selbst die beschlossenen Leistungen zur Co-Finanzierung für Straßenbaumaßnahmen sind somit abgesichert.

Auf die Frage, was die Kreistagsabgeordneten bewog, entgegen den Forderungen des Landrates die Kreisumlage von 46% auf 44% zu senken, antwortet Friedemann Göhler, dass die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten das politische

Ziel haben, die Kommunen nicht über Gebühr zu belasten. Unsere Fraktion vertritt die Meinung, und das ist praktizierte linke Politik, dass alle Kommunen im Kreis handlungsfähig bleiben müssen, da die Leistungen der Städte und Gemeinden jedem einzelnen Bürger direkt zugute kommen. Es musste dem Landrat aufgezeigt werden, dass es nicht geht, sich auf Kosten der Städte und Gemeinden unseres Kreises »satt zu machen«. Friedemann Göhler schätzt ein, dass die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten zu den Kommunen steht. In diesem Zusammenhang kritisierte er aber die Forderung einzelnen Ämter, Gelder (also Gewinne) aus der kreiseigenen Klinik-Holding an den Kreis abzuführen. Das geht gar nicht, sagt er. Zum einen ist die Klinik-Holding nicht gewinnorientiert aufgestellt und zum anderen werden erwirtschaftete Gewinne für die weitere Entwicklung sowie den Erhalt der Holding dringend benötigt. Bei diesem Thema kam die Rolle des Landrates bei der Entlassung des Klinik-Holding Geschäftsführers, Herrn Arndt, zur Sprache. Friedemann Göhler betonte, dass die Mehrheit unserer Fraktion die Handlungsweise des Landrates nicht nur missbilligt, sondern als unüberlegt, ja sogar schädlich betrachtet. Friedemann Göhler, der selbst viele Jahre Mitglied der Gesellschafterversammlung des Unternehmens war, betonte, dass Herr Arndt zwar seine »Ecken und Kanten« gehabt habe, aber dass es sein Verdienst sei, dass die Ruppiner Kliniken mit seinen Tochterunterneh-

men sich so prächtig entwickelt haben und dass er Verhandlungen zum Wohle der Kliniken bzw. Holding stets professionell und mit hohem Fach- und Sachverstand geführt habe.

Achim Müller

Rot-Rot für Brandenburg

Dafür hat sich die LINKE engagiert

Die rot-rote Koalition im Land will - auch entsprechend den Zielen unserer LINKEN - Bildung und Wissenschaft weiter stärken. Im Doppelhaushalt für die Jahre 2012/2013 stehen dafür zusätzliche Mittel in Höhe von rund 30 bzw. 13 Millionen Euro zur Verfügung. Um zum Beispiel mehr junge Lehrer einstellen zu können (in diesem Schuljahr sollen es mindestens 250 sein) und auch in anderen Ressorts wichtige Einstellungen zu ermöglichen, wurde das Ziel in der Koalitionsvereinbarung korrigiert, die Zahl der Landesbediensteten um rund 10 000 nicht bis 2019, sondern erst bis 2021 zu verringern. Finanzminister Helmut Markov (LINKE) betonte: »Wir konsolidieren, aber wir sparen das Land nicht kaputt!«

Bundestagsreport

Auch am Jahresanfang 2012 kann ich die Reihe »Schlimmer geht immer« aus dem Bundestag fortschreiben. Die bürgerliche Demokratie zeigt mit ihrem repräsentativen Parlament deutlich ihre Grenzen. Der Bundespräsident als höchster Staatsrepräsentant ist nur noch von Gnaden der Kanzlerin Merkel im Amt, die doch eigentlich nur an 3. Stelle der Machthierarchie in unserem Land steht, noch hinter dem Bundestagspräsidenten Lammert. Die Dinge, die ihm zu Last gelegt werden, würden bei jeder und jedem kleinen Staatsbediensteten zu schwerwiegenden Folgen führen – ohne goldenen Handschlag mit lebenslanger Gratisversorgung, also quasi sozialer Hängematte in Luxusausführung. Gleichzeitig wird immer klarer, dass ein Nazi-Trio jahrelang marodierend durch das Land ziehen konnte, ohne dass der Verfassungsschutz eingriff. Seine mysteriöse Rolle in diesem Fall und in der Neonazi-Szene an sich soll nun in einem Untersuchungsausschuss des Bundestages untersucht werden, der nach langem Drängen der LINKEN nun endlich eingesetzt wurde. Unsere Vizepräsidentin der obersten Volkvertretung, Petra Pau, wird als Mitglied darauf achten, dass diese unglaublichen Vorgänge konsequent politisch aufgearbeitet und nicht nur juristisch bewertet werden. Unabhängig davon, welche Verbindungen zwischen der NSU-Zelle und der NPD nachgewiesen werden, lassen diese Entwicklungen in der Gesamtsicht nur eine politische Schlussfolgerung zu: gegen faschistisches Denken und Handeln muss konsequent vorgegangen werden, wo immer es festgestellt wird. Dazu gehört für mich auch das Verbot der NPD, auch wenn das die alltägliche Auseinandersetzung nicht ersetzen kann, sondern ergänzen muss. Der Skandal heißt aber auch Verfassungsschutz. Erst recht, da der gleiche Verfassungsschutz, der sich offensichtlich auf dem rechten Auge blind stellt, auf dem linken Auge halluziniert. Jedenfalls sieht er links Dinge, die es nicht gibt, die er nur sehen will. Das war übrigens das Thema, über das sich die Menschen am Stand der Linksfraktion auf der Grünen Woche am häufigsten aufgeregt haben. Wer aber Antidemokraten direkt oder indirekt unterstützt und gleichzeitig freigeählte Abgeordnete des Parlaments überwacht, hat seine Existenzberechtigung verspielt. Ein Bundesinnenminister, der dies auch noch rechtfertigt, ist amtsunwürdig. Bei all diesen Skandalen ist in der Öffentlichkeit nahezu untergegangen, dass erneut der Bankenrettungsschirm aufgespannt und das Afghanistan-Mandat der Bundeswehr verlängert wurde. Natürlich ohne die Stimmen der Linksfraktion!

Dr. Kirsten Tackmann, MdB

Politik hautnah erlebt



Wie schon seit Jahren, sind auch dieses Mal Ende Januar politisch interessierte Bürger aus den Kreisen Ostprignitz-Ruppin und Prignitz zum Bundestag gefahren. Kirsten Tackmann, unsere Bundestagsabgeordnete, hatte dazu eingeladen. Sie nahmen teil an einer Plenarsitzung und konnten eine Aktuelle Stunde zum Bildungsföderalismus verfolgen. Interessanter wäre für alle gewesen, hier die Diskussion zur »Beobachtung« der 27 linken Abgeordneten durch den Verfassungsschutz mitzuerleben, was allgemein verurteilt wird. Das war dann vor allem Thema in der Gesprächsrunde mit Kirsten Tackmann.

Eine Berlin-Rundfahrt unter interessanten politischen Gesichtspunkten und der Besuch des Dokumentationszentrums »Topographie des Terrors« schloss den ersten Tag ab. Hier wurde über die gezielte Vorbereitung und Umsetzung der

faschistischen Gräueltaten in Deutschland und in der Welt informiert. »Es waren lehrreiche, interessante Themen mit schockierenden Fotos. Jedem, der Berlin besucht, kann man nur dringend empfehlen, dieses Dokumentationszentrum zu besuchen,« betonte Teilnehmer Wolfgang Schulz.

Nach ausführlicher Information im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung besuchte die Gruppe noch die Holocaust-Gedenkstätte und legte Blumen zum Gedenken an die Millionen Opfer nieder.

Die Teilnehmer dankten Kirsten Tackmann herzlich für diese erlebnisreiche Fahrt, die sie als Abgeordnete mit ihren Mitarbeitern organisiert hatte.

(Gekürzt nach einem Artikel von Wolfgang Schulz)

Kirsten Tackmann unterwegs

Der Teufel steckt im Detail

In Brieselang/Kreis Havelland - der Ort gehört zu Kirsten Tackmanns Wahlkreis - haben junge Leute eine Broschüre konzipiert, die sich mit ihrem Inhalt an Jugendliche und ihre Eltern wendet. Sie soll helfen, rechtes Gedankengut schneller zu erkennen und sich damit auseinanderzusetzen, Aussteiger aus der rechten

Szene sollen zu Wort kommen. Im Rahmen des Wettbewerbes »Zivilcourage vereint« der Bundestagsfraktion der LINKEN unterstützt Genossin Tackmann das Projekt des Brieselanger Jugendklubs und zeichnete ihn mit einer Digitalkamera aus.

Kurz notiert

Arbeitskreis Klima - Energie

Auf Einladung von Hans Schäfer werden sich am 16.2.2012 um 19.00Uhr in unserer Neuruppiner Geschäftsstelle erstmals Interessenten und Fachleute zu diesem Thema zusammensetzen. Klima und Energie sind untrennbar mit unserem täglichen Leben und Handeln verbunden und werden für die Zukunft der Mensch-

heit immer mehr an Bedeutung gewinnen. In unserem Parteiprogramm sieht die LINKE den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland und Europa als eines ihrer entscheidenden Ziele und als wesentliche Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen an. Dem trägt auch der Entwurf für die »Energierstrategie 2030« Rechnung, den Wirtschaftsminister Ralf

Neues aus dem Kreisvorstand

Die Mitglieder des Kreisvorstandes diskutierten Berichte zu den Haushaltsberatungen im Kreistag und in der Stadtverordnetenversammlung. Die Wittstocker Genossen berichteten von den Vorkommissen und Sachbeschädigungen an ihrer Geschäftsstelle, die Polizei ermittelt, der Landesvorstand wurde informiert. In den Regionen werden die Jahresarbeitspläne erstellt, die Vorbereitungen für die nächsten Veranstaltungen und Jahrestage wie 8. März und 1. Mai laufen. Tobias Bank, Mitglied im Vorstand des Kommunalpolitischen Forums (KF) Brandenburg, stellte das Konzept für regelmäßige Treffen der jungen Kommunalpolitiker der Linken in Brandenburg vor. Das KF hat sich

zum Ziel gesetzt, das vorhandene Potential von jungen politischen Nachwuchskräften zu koordinieren und zu bündeln, Schulungen und inhaltlichen Austausch zu organisieren und perspektivisch dieses Potential stetig zu vergrößern. Dazu findet am 23./24. Juni 2012 in Paulinenaue ein Treffen statt. Abschließend gab es kurze Informationen zur nächsten Regionalkonferenz am 23. März, zum Arbeitskreis Klima und Energie, zur Vorbereitung eines Neumitgliedertreffens und zur neuesten Wette von Klaus Jann. Der Finanzplan des Kreisverbandes für 2012 wurde einstimmig verabschiedet.

JS

Mindestlohn in 11 Branchen

Seit Januar 2012 gilt in elf Branchen ein bundesweiter Mindestlohn. Von den jahrelangen Befürchtungen, die vor allem die FDP immer wieder vorbrachte, mit Mindestlöhnen würde die Arbeitslosigkeit steigen oder Unternehmen abwandern, ist nichts zu spüren. Es gibt jedoch zu beobachtende Unterschiede zwischen den West- und Ostländern. So stellte das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim fest, dass im Osten, als 2003 der Mindestlohn bei Dachdeckern eingeführt wurde, vor allem die Geringqualifizierten davon profitierten, die langjährig beschäftigten Fachkräfte mussten dagegen zu deren Gunsten Lohneinbußen hinnehmen.

Heute, wo ein Stundenlohn von mindestens 11 € gilt, kann man davon ausgehen, dass sowohl Geringqualifizierte als auch Fachkräfte fast einen einheitlichen Lohn erhalten, der nicht wesentlich über dem Mindestlohnniveau liegt. Ähnliches geschah in der Pflegebranche. Als im Jahr 2010 ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wurde (damals im Osten 7,50 € ab Januar 2012 = 7,75 €) wurde bei vielen Pflegefachkräften zugunsten der Pflegehelfer der Lohn abgesenkt. Im Westen dagegen wird in den Branchen, wo es einen Mindestlohn gibt, meist mehr bezahlt, als die Lohnuntergrenze vorgibt.

Achim Müller

Erich Kästner zur gegenwärtigen Krise

Hymnus auf die Bankiers

Der kann sich freuen, der die nicht kennt!
Ihr fragt noch immer: Wen?
Sie borgen sich Geld für fünf Prozent
und leihen es weiter zu zehn.

Sie haben noch nie mit der Wimper gezuckt.
Ihr Herz stand noch niemals still.
Die Differenzen sind ihr Produkt.
(Das kann man verstehn, wie man will.)

Ihr Appetit ist bodenlos.
Sie essen lecker Gott und die Welt.
Sie säen nicht. Sie ernten bloß.
Sie schwängern ihr eignes Geld.

Sie sind die Hexer in Person
und zaubern aus hohler Hand.
Sie machen Geld am Telefon
und Petroleum aus Sand.

Das Geld wird flüssig. Das Geld wird knapp.
Sie machen das ganz nach Bedarf.
Und schneiden den anderen die Hälse ab:
Papier ist manchmal scharf.

Sie glauben den Regeln der Regeldetri
und glauben nicht recht an Gott.
Sie haben nur eine Sympathie.
Sie lieben das Geld. Und das Geld liebt sie.
(Doch einmal macht jeder Bankrott!)

Anmerkung: Die Konsumenten sind die linke Hand des gesellschaftlichen Organismus, die Produzenten sind die rechte Hand. Die Bankiers sind Heimlichkeiten zwischen beiden.

*Erich Kästner, linker Schriftsteller (1899 bis 1974) beweist mit diesem Gedicht:
Die Zeiten wechseln - aber sie ändern sich nicht.*

Kurz notiert

Fortsetzung von Seite 5

Christoffers und Umweltministerin Anita Tack am 10.01.2012 vorgelegt haben. Darin wird der Schwerpunkt weiter zu den erneuerbaren Energien verschoben. Eine der zentralen Herausforderungen wird dabei die Systemintegration der Energie aus Wind, Biomasse und Sonne sein. Beim ersten Treffen des Arbeitskreises wird es u.a. darum gehen, grundlegende Inhalte und Ziele der Arbeit zu formulieren und Möglichkeiten der Information und regionalen Mitwirkung auszuloten. Der Arbeitskreis soll natürlich nicht auf die Partei beschränkt bleiben, sondern Sammelpunkt für alle Interessierten im Kreis, im Land und im Hinblick auf die Kyritz-

Ruppiner Heide vielleicht auch in Mecklenburg-Vorpommern werden.

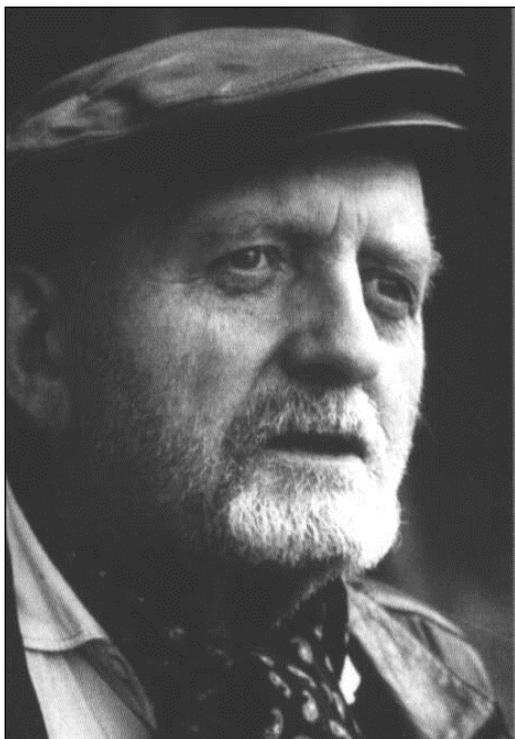
Milch für Kubas Kinder

Unser weithin bekannter »Roter Reporter« aus Wülfrath, Klaus Jann, hat wieder eine seiner legendären Wetten gestartet. Diesmal wettet er mit seiner bekannten Wettpartnerin, der »Unternehmerin mit dem linken Herzen« darum, dass es ihm gelingt, am Samstag, den 3. März 2012, bundesweit mindestens 400 Infostände oder andere öffentlich-wirksame Aktionen der LINKEN zu mobilisieren. Schafft er das, spendet sie für jeden Infostand 4 Euro für die Aktion »Milch für Kubas Kinder«. Sollte Klaus verlieren, was natür-

lich nicht passieren soll, muss er 2 Euro für den gleichen Zweck spenden. Wenn man nachrechnet, bedeutet das bei 16 Landesverbänden 25 Infostände pro Verband. Auch unser Kreisverband wird bei dieser Aktion dabei sein und rechnet natürlich mit eurer Unterstützung. Infostände/Aktionen werden am 3.3. u.a. an folgenden Orten durchgeführt werden: Neuruppiner Schulplatz, Blumenthal-Holzsaussichtsturm, Wusterhausen-Markt. Konkrete Zeiten und Präzisierungen bitte der Tagespresse entnehmen.

Wer uns unterstützen möchte oder andere Ideen für diesen Tag hat, meldet sich bitte in der Geschäftsstelle oder bei der Redaktion, Spenden sind natürlich auch jederzeit willkommen.

JS



Bücherecke

Ein 100. wirbelt Staub auf

Am 14. August 2012 ist der 100. Geburtstag eines der größten Schriftsteller der DDR: Erwin Strittmatter. Seine Bücher haben uns ein Leben lang begleitet: seine Sprache, seine Schilderungen besonders dörflichen Lebens, seine gefühlvollen Kinder- und Jugendbücher wie »Pony Pedro«,

»Tinko«- dann der »Ochsenkutscher«, »Der Wundertäter«, »Ole Bienkopp« und schließlich »Der Laden«, diese 3 Bände, die als

literarische Verfilmung im Fernsehen mit glanzvoller Schauspielersbesetzung zum Straßenfeger wurden. Und aus fast allen seiner Bücher sind seine Aussagen, seine Haltung gegen Krieg und Faschismus bekannt.

Nun hat kürzlich seine Geburtsstadt Spremberg eine staatliche Ehrung ihres Bürgers zum 100. abgelehnt. Das deshalb, weil vor einigen Monaten ein Literaturkritiker »herausfand«, dass Erwin Strittmatter im Krieg bei einer »der SS zugeordneten Polizeieinheit Dienst getan« hat (ähnlich Günter Grass, der berühmte westdeutsche Schriftsteller). Seitdem war das für manche, besonders einige Medien, eine gefundene »Sensation«, und manches artete fast in Rufmord aus. Es gäbe etliches dazu zu sagen. Nur soviel, dass sich der Strittmatter-Verein in Spremberg von dieser beschämenden Haltung der Stadt offensichtlich nicht von der Vorbereitung entsprechender Würdigungen abhalten lässt.

Zwei Bücher gibt es seit kurzem, die dank gründlicher sachlicher Recherchen ihrer Autoren nun mehr Licht in das angebliche »Dunkel« bringen, das längst keins mehr ist. Da ist vor allem von Schriftsteller Günther Drommer (u. a. Verfasser der Strittmatter-Biographie vor ca. 10 Jahren) das Buch »**Erwin Strittmatter und der Krieg unserer Väter**« (221 Seiten, brosch., 12,95 Euro, Verlag Das neue Berlin). Sein Anliegen geht über eine Ergänzung zur Biographie hinaus. Er fragt zugleich: Wie wurde die faschistische Vergangenheit in Ost und West aufgearbeitet? Welche Konsequenzen wurden gezogen, welche nicht? Er nimmt den »Fall Strittmatter« zum Anlass, die aktuelle Sicht auf die deutsche Geschichte zu untersuchen.

Beim Dingsda Verlag ist veröffentlicht vom Historiker Joachim Jahns »**Erwin Strittmatter und die SS**« (208 Seiten, gebd., 25 Euro) Pauschale Bewertungen helfen nicht weiter, wird in der Ankündigung gesagt. Die Wahrheit liegt immer in den konkreten Umständen und im Detail. Der Autor hat intensiv recherchiert und stellt die Fakten umfassend dar.

Christa Horstmann

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am 1.3.	Hans Zacharias	in Wittstock	zum 95.
Am 1.3.	Heide Wissel	in Kleinzerlang	zum 69.
Am 9.3.	Joachim Behringer	in Neuruppin	zum 62.
Am 12.3.	Waltraut Prüter	in Wittstock	zum 74.
Am 13.3.	Norbert Schwarz	in Braunsberg	zum 71.
Am 15.3.	Ingeborg Steinke	in Wittstock	zum 80.
Am 16.3.	Martin Born	in Neuruppin	zum 83.
Am 16.3.	Gustav Steinke	in Wittstock	zum 79.
Am 17.3.	Marianne Kühn-Berger	in Neuruppin	zum 85.
Am 21.3.	Vera Böttcher	in Wittstock	zum 92.
Am 23.3.	Ernst Edelberg	in Wildberg	zum 82.
Am 23.3.	Beate Sahlmann	in Luhme	zum 81.
Am 25.3.	Ingeborg Taschenberger	in Dreetz	zum 75.
Am 26.3.	Gilda Wittig	in Schönberg	zum 85.
Am 26.3.	Dagmar Ettling	in Kleinzerlang	zum 62.
Am 27.3.	Hiltraud Sablitzki	in Alt Ruppin	zum 84.
Am 27.3.	Ruth Vierke	in Neuruppin	zum 83.
Am 28.3.	Ursula Sommerfeld	in Wittstock	zum 92.
Am 28.3.	Edda Liebig	In Neuruppin	zum 72.
Am 29.3.	Klaus Krämer	in Rheinsberg	zum 79.
Am 29.3.	Edgar Wittkopp	in Wittstock	zum 81.
Am 30.3.	Ursula Kormann	in Kyritz	zum 65.
Am 31.3.	Lisa Riedel	in Neuruppin	zum 87.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Nachträglich gratulieren wir Genossen Theodor Zupp- seit kurzem neu im Stadtverband Neuruppin - zu seinem 80. Geburtstag am 06. Februar 2012. Wir wünschen Gesundheit und alles Gute!

An unsere Leser!

- Ich bin am ständigen Bezug der *Märkischen Linken* interessiert.
- Ich bin auch an anderen Informationen (schriftlichen Materialien) über die LINKE interessiert.

Meine Anschrift lautet:

Zutreffendes bitte ankreuzen und einsenden an:
Die LINKE, Kreisgeschäftsstelle 16816 Neuruppin, Schinkelstr. 13, Redaktion *Märkische Linke*, (E-Mail: kv@linkspartei-opr.de oder telefonisch an 03391.655420 oder 03391.2383) oder an die Geschäftsstellen in Kyritz bzw. Wittstock (Anschriften siehe nebenstehendes Impressum)

Wenn Sie diese Ausgabe der *Märkischen Linken* gelesen haben, werfen Sie sie nicht weg! Geben Sie sie an Freunde oder Nachbarn weiter!

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

Die Linke, Kreisvorstand OPR
Kto. Nr. 1632361, BLZ 160 619 38
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin e.G.

Leichtfüßig und unterhaltsam

Frauentags-Matinee mit Annekathrin Bürger

Auf Einladung unserer Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann kommt Annekathrin Bürger zur diesjährigen traditionellen Frauentags-Matinee nach Kyritz. Die bekannte und beliebte Schauspielerinnen ist vielen unter anderem durch den Film »Verwirrungen der Liebe« (1959) bekannt. Im Wechselspiel der Stimmen von Annekathrin Bürger und ihrer Co-Autorin Kerstin Decker ist aus Ereignissen und Erlebnissen eine Biografie entstanden, die leichtfüßig und unterhaltsam Pointen des



Lebens erzählt, aber ebenso feinsinnig, offen und klug persönliche Rückschläge und gesellschaftliche Entwicklungen reflektiert.

Annekathrin Bürgers Lebens- und Spielfreude, gesellschaftliches Engagement, Heimatverbundenheit und Weltoffenheit gehören untrennbar zusammen.

Am 18. März um 11.00 Uhr liest sie in Bluhms Hotel & Restaurant aus ihrer Autobiografie

»Der Rest, der bleibt«.

Termine

Montag, 20.2.12	Beratung der Stadtfraktion Die Linke. Neuruppin 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 20.2.12	Beratung der Stadtfraktion Die Linke. Kyritz 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Mittwoch, 22.2.12	Stadtverordnetenversammlung Kyritz 18.30 Uhr, Kulturhaus Kyritz
Mittwoch, 22.2.12	Beratung des Stadtvorstandes Die Linke. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 27.2.12	Stadtverordnetenversammlung Neuruppin 18.30 Uhr, Ratssaal, Neues Rathaus, K.-Liebknecht-Str.
Montag, 27.2.12	Beratung der Stadtfraktion Die Linke. Wittstock 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Montag, 27.2.12	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes Die Linke. OPR 16.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Dienstag, 28.2.12	Beratung der Kreistagsfraktion Die Linke. OPR 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 29.2.12	Stadtverordnetenversammlung Wittstock 18.00 Uhr, Rathaus Wittstock
Donnerstag, 1.3.12	Beratung des Regionalvorstandes Die Linke. Kyritz-Neustadt- 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str.1 -Wusterhausen
Donnerstag, 1.3.12	Beratung des Regionalvorstandes Die Linke. Wittstock 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 1.3.12	Mitgliederversammlung Die Linke. Stadtverband Neuruppin 18.30 Uhr, Tempelgarten - Zum Thema: Extremismus
Sonabend, 3.3.12	Milch für Kubas Kinder Infostände und Aktionen
Dienstag, 6.3.12	Mitgliederversammlung Die Linke. Regionalverband Temnitz 18.00 Uhr, Walsleben, Kartoffellagerhaus
Donnerstag, 8.3.12	Kaffeerunde zum Frauentag 15.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Dienstag, 13.3.12	Mitgliederversammlung Die Linke. Regionalverband Rheinsberg – 19.00 Uhr, Pavillon an der H.-Rau-Schule - Lindow
Mittwoch, 14.3.12	Beratung des Kreisvorstandes Die Linke. OPR 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Mittwoch, 14.3.12	Sprechstunde von Kirsten Tackmann, MdB (Änderungen möglich) 10.00-11.30 in Wittstock (Geschäftsstelle) 14.00-15.30 in Kyritz (Linkseck/Geschäftsstelle) 16.30-18.00 in Neuruppin (Bürgerbüro/Geschäftsstelle)
Donnerstag, 15.3.12	Beratung des Kreistages Ostprignitz-Ruppin 16.30 Uhr, Oberstufenzentrum Neuruppin, Alt Ruppiner Allee 39

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion **DIE LINKE**. Sprecherin für Agrarpolitik, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Tel.: 030 / 227 74 309, Fax.: 030 / 227 76 308
Funk: 0173 / 38 04 592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **Hartmut Buschke** und **Anette Bock**
Tel.: 033971 / 328 57, Fax.: 033971 / 328 93
E-Mail: buschke@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten von Kirsten Tackmann bitte im Wahlkreisbüro nachfragen.

Dieter Groß, Landtagsabgeordneter der Fraktion **DIE LINKE**. Sprecher für Kultur- und Sportpolitik; ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur; ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss und im Richterwahlausschuss; stellvertr. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport und Landesjugendhilfeausschuss.
Tel.: 0331/9661526, Funk: 0172 / 3500435
www.dieter-gross.de

Wahlkreisbüro Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Anja Büchner** und **Christian Richter**
Tel.: 03394 / 4997064, Fax.: 03394/4997065
E-Mail: ra.gross@gmx.de
Bürozeiten: Mo/Mi 9.00-15.00, Di 9.00-11.00 u. 13.00-16.00, Do 11-18 Uhr.
Sprechzeiten von Dieter Groß im Wahlkreisbüro Wittstock sowie in den Büros Pritzwalk, Neuruppin und Kyritz (Zeiten bitte im Wahlkreisbüro Wittstock erfragen).

Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**
Schinkelstr. 13, Neuruppin, Tel.: 03391/2383
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00-14.00 Uhr
Fr. 10.00-13.00 Uhr

Vorsitzender der Kreistagsfraktion DIE LINKE. Friedemann Göhler

Tel.: 03391/2383, Funk.: 0162 /9445962
Sprechzeiten jeden 2. und 4. Montag
16.00-17.00 Uhr.

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin

Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel: 03391/655420; Fax: 03391/655422
www.die-linke-opr.de.
E-Mail: kv@linkspartei-opr.de
Sprechzeiten: Do. 9-12 und 14-16 Uhr.
Sprechzeit des Geschäftsführenden Vorstandes siehe nebenstehende Termine.
Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz;
Tel/Fax: 033971/72086;
E-Mail: bock@linkspartei_opr.de
Sprechzeiten Mo.-Fr. 9.00 - 12.00 Uhr.
Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock;
Tel. 03394/4997066 Fax. 03394/4997068
E-Mail: linke_wittstock@t-online.de
Sprechzeiten Di. 9.00 - 11.00 Uhr,
Do. nach Vereinbarung

Märkische Linke

Herausgeber: Kreisvorstand **Die Linke. OPR**, Verantwortlicher Redakteur: Ronny Kretschmer (V.i.S.d.P.); Redaktion: Lutz Geue, Christa Horstmann, Achim Müller, Jürgen Schuber, Giselher Trepte.

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 02.03.2012
Erscheinungsdatum: Mi., 14.03.2012